

Zeitschrift: Korrespondenzblatt des Bernischen Lehrervereins = Bulletin de la Société des instituteurs bernois
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 18 (1916-1917)
Heft: 3

Rubrik: Bernischer Lehrerverein = Société des Instituteurs bernois
Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



KORRESPONDENZBLATT DES BERNISCHEN LEHRERVEREINS BULLETIN

DE LA SOCIÉTÉ DES INSTITUTEURS BERNOIS

24. Juni • 24 juin 1916

N° 3

18. Jahrgang • 18^e année

Ständiges Sekretariat: Bern, Bollwerk 19, I. Stock.
Telephon 3416 □ Postcheckkonto III 107.

Das « Korrespondenzblatt » (obligatorisches und unentgeltliches Organ des B. L. V. und des B. M. V.) erscheint in der Regel um die Mitte des Monats. Mitteilungen für die Konferenzchronik bis am 14. jeden Monats, längere Einsendungen bis am 13. an das Sekretariat.

Secrétariat permanent: Berne, Bollwerk, 19, 1^{er} étage.
Téléphone 3416 □ Compte de chèques III 107.

Le « Bulletin » (organe obligatoire et gratuit du B. L. V. et du B. M. V.) paraît, en règle générale, vers le milieu du mois. Les communications des sections sont reçues par le secrétaire permanent jusqu'au 14, les autres publications jusqu'au 13 de chaque mois.

Inhalt — Sommaire: Ferien des Sekretärs. — Vacances du secrétaire. — B. L. V.: Der Lehrerüberfluss im Kanton Bern. — Pléthore d'instituteurs dans le Jura bernois. — Konferenz der Sektionspräsidenten des B. L. V. — Conférence des présidents de section du B. L. V. — Hilfskasse für Haftpflichtfälle. — Caisse de secours en cas de responsabilité civile. — Wahl von Lehrern in Schulkommissionen. — Nomination d'instituteurs au sein des commissions d'école. — Teuerungszulagen. — Augmentation des traitements motivée par le renchérissement de la vie. — Naturalienwesen. — Prestations en nature. — B. M. V.: Delegiertenversammlung. — Assemblée des délégués. — Jahresrechnung. — Compte annuel. — Konstituierung des K. V. — Constitution du C. C. — Mitteilungen — Communications: Ferienkurse am Institut J. J. Rousseau, Genf. — Cours de vacances à l'institut J.-J. Rousseau, à Genève. — Der Berner Jura. — Le Jura bernois. — Nachtrag zum Verzeichnis der Ferienplätze. — Rectification.

Ferien des Sekretärs.

Die Geschäftskommission des B. L. V. hat die reglementarischen Ferien des Sekretärs, unter Vorbehalt der Genehmigung des K. V., festgesetzt auf die Zeit vom 10. Juli bis 7. August 1916. Das Bureau bleibt während dieser Zeit gleichwohl geöffnet; der Sekretär steht fortwährend in Verbindung mit ihm und wird alle wichtigeren Geschäfte erledigen.

Immerhin ist zu bemerken, dass vom 10. bis 24. Juli eine Störung des Betriebes eintreten muss, und zwar infolge von Reparaturen in unserem Bureau. Während dieser Tage wolle man unangemeldete Besuche und telephonische Gespräche auf die Zeit von 11—12 Uhr richten. Die Korrespondenz wird in gewohnter Weise erledigt.

Vacances du secrétaire.

La commission d'administration du B. L. V. a fixé les vacances réglementaires du secrétaire, sous réserve de la ratification du C. C., du 10 juillet au 7 août 1916. Le bureau reste néanmoins ouvert pendant ce temps; le secrétaire restera en rapport continu avec lui et liquidera toutes les affaires les plus importantes.

Il faut noter, en outre, que du 10 au 14 juillet il y aura une interruption de notre activité en suite de réfection de notre bureau. On voudra bien, ces jours-là, faire en sorte que les visites non annoncées et les conversations téléphoniques aient lieu de 11 heures à midi. Nous répondrons, comme d'habitude, aux lettres que nous recevrons.

Bernischer Lehrerverein.

Der Lehrerüberfluss im Kanton Bern.

Auszug aus dem Referat von Zimmermann, Bern.

Ein Lehrerüberfluss ist vorhanden, wenn die Zahl der zur Verfügung stehenden Lehrkräfte

wesentlich grösser ist als die Zahl der zu besetzenden Stellen. Zur Verfügung stehen die neu patentierten Lehrkräfte, sowie solche, die nach einer Unterbrechung wieder zum Schuldienst zurückkehren; die Zahl der zu besetzenden Stellen ergibt sich aus der Zahl der neu gegründeten Klassen, vermehrt um die Zahl der durch Tod oder Demission freigewordenen Stellen. Aus den Verwaltungsberichten der Unterrichtsdirektion ergeben sich für die Jahre 1905—1914 die nach-

folgenden Zahlen, wobei nur die Neupatentierten, nicht aber die wieder zum Lehramt Zurückgekommenen berücksichtigt sind.

Zahl der Patente und Lehrstellen.

Jahr	Lehrer	Lehrerinnen	Total	Austritte	Neue Stellen	Total	Überschuss der Patente
1905	73	123	196	102	36	138	+ 58
1906	70	71	141	100*	35*	135*	+ 6
1907	62	79	141	94	30	124	+ 30
1908	82	130	212	108	37	145	+ 67
1909	77	74	151	123	31	154	— 3
1910	79	98	177	108	30	138	+ 39
1911	81	127	208	121	46	167	+ 41
1912	75	85	160	116	35	151	+ 9
1913	81	92	173	105	30	135	+ 40
1914	76	121	197	73	26	99	+ 98
	756	1000	1756	1050	336	1386	370

* Für das Jahr 1906 fehlten diese Angaben; es ist deswegen ein Durchschnittswert eingesetzt worden.

Die Zusammenstellung zeigt, dass in den zehn Jahren 370 Lehrkräfte mehr patentiert wurden, als Stellen zur Verfügung standen; sie gibt aber keinen Aufschluss darüber, wie sich der Ueberschuss auf die beiden Geschlechter verteilt. Der Umstand, dass die Zahl der patentierten Lehrerinnen circa 30 % grösser ist als die der Lehrer, lässt vermuten, dass am Ueberfluss die weiblichen Lehrkräfte stärker beteiligt seien; denn im gesamten Lehrkörper der Primarschule ist die Zahl der Lehrerinnen kleiner als die der Lehrer. Bessere Auskunft darüber geben die folgenden Tabellen, die nach den Wahlpublikationen in dem Amtlichen Schulblatt, Jahrgänge 1911—1915, zusammengestellt sind. Die Zahlen decken sich nicht mit denen der Tabelle I; denn erstens beziehen sie sich nur auf den deutschsprechenden Kantonsteil, dann erstrecken sie sich über das Kalenderjahr, während die der ersten Tabelle auf das Schuljahr, ferner sind in diesen Tabellen auch eine Anzahl Anstaltslehrer inbegriffen, und endlich ist es möglich, dass die eine oder andere Lehrkraft doppelt gezählt worden ist, wenn sie z. B. im Frühjahr provisorisch und im Herbst definitiv gewählt worden ist. Doch kann dieser Fehler nur ganz vereinzelt bei älteren Lehrkräften vorgekommen sein; für die Neupatentierten liess sich eine ganz genaue Kontrolle führen. Die gefundenen Zahlen sind jedenfalls eher zu günstig als zu ungünstig.

Gewählte Lehrer im deutschen Kantonsteil.

Jahr	Patentiert	Gewählt							Total
		Patent vom gleichen Jahr	Patent vom Vorjahr	Älteres Patent	Pensionierter Lehrer	Ohne Patent	Auswärtiges Patent	Mittel-lehrer	
1911	65	50	3	6	—	—	1	—	60
1912	58	52	1	7	1	1	6	4	72
1913	63	56	1	12	—	1	5	4	79
1914	64	46	1	10	—	—	1	—	58
1915	66	35	7	2	—	—	1	—	45
Total	316	239	13	37	1	2	14	8	314

Die Zahl der patentierten Lehrer und die Zahl der zu besetzenden Stellen sind für die fünf Jahre fast gleich gross; für die Jahre 1912 und 1913 besteht sogar ein Ueberschuss an Stellen, was mit unserer Erfahrung übereinstimmt. Damals wurde über Lehrermangel geklagt, und der Sekretär unseres Vereins hielt an einer Sektionsversammlung ein Referat über dieses Thema. Der Mangel musste ersetzt werden durch Zuzug aus andern Kantonen und durch stellenlose Mittel-lehrer; auch unpatentierte und schon pensionierte Lehrer mussten in die Lücke treten. Zudem wurden an eine Anzahl Stellen, die durch Lehrer hätten besetzt werden müssen, Lehrerinnen gewählt. Dass damals die jungen Lehrer glatten Absatz fanden, zeigen die folgenden Tabellen.

Lehrer des deutschen Kantonsteiles.

Jahr der Patentierung und Jahr der Wahl.

Patentiert im Jahr	Gewählt im Jahr						Total
	1911	1912	1913	1914	1915	1916 Frühling	
1911	50	1	1	—	—	—	52
1912	—	52	1	1	—	—	54
1913	—	—	56	1	—	—	57
1914	—	—	—	46	7	—	53
1915	—	—	—	—	35	2	37

Lehrer, die nicht an bernische Primarschulen gewählt werden.

	1911	1912	1913	1914	1915	Total
Lehrer patentiert .	65	58	63	64	66	316
An Primarschulen gewählt . . .	52	54	57	53	37	253
Nicht an Primarschulen gewählt .	13	4	6	11	29	63

Allerdings waren immer eine gewisse kleinere Anzahl Lehrer, die keine Stelle im bernischen Primarschuldienst fanden. Das mögen aber solche gewesen sein, die in Erziehungsanstalten ein Arbeitsfeld fanden, oder auch sich ausserhalb des

Kantons begaben, oder den Beruf aufgaben, oder direkt an die Hochschule übergangen etc. Erst das Jahr 1915 brachte einen bemerkenswerten Ueberfluss, indem 29 Neupatentiertere keine Stelle an der bernischen Primarschule fanden. Diese Erscheinung ist nicht beunruhigend und darauf zurückzuführen, dass die Zahl der neuen Stellen kleiner war als gewöhnlich und dass auch weniger Lehrer vom Schuldienst zurücktraten als in den früheren Jahren. Doch ist zu erwarten, dass der Friede auch hier wieder normale Zustände bringen werde. Zudem ist zu berücksichtigen, dass ein Teil der Lehrstellen an oberen Schulstufen, die während des Lehrermangels von Lehrerinnen besetzt wurden, bei Lehrerüberfluss sozusagen automatisch in die Hände der männlichen Lehrkräfte übergehen werden. Da zudem der Krieg im Ausland in die männlichen Arbeitskräfte ungeheure Lücken reisst, die ausgefüllt werden müssen, so wird das ein Abfließen von Arbeitskräften zur Folge haben, das direkt oder indirekt den Lehrerüberfluss beeinflusst. Sollte dies alles nicht oder ungenügend zutreffen, so hat es der Staat in der Hand, durch Beschränkung der Aufnahmen ins Seminar Abhilfe zu schaffen. Auch von der Leitung des Privatseminars ist zu erwarten, dass sie gleich vorgehen würde, da das bernische Privatseminar sich in der Zahl seiner Zöglinge immer in gewissen Schranken gehalten hat. Für ein Weiterbestehen des Lehrerüberflusses könnte einzig der Umstand sprechen, dass in einigen andern deutschschweizerischen Kantonen die Verhältnisse schlimmer sind als bei uns, so dass ein Uebertritt in unsern Kanton zu befürchten ist. Dem kann dadurch entgegengetreten werden, dass solange nötig keine Wählbarkeitsausweise mehr erteilt werden.

Schwieriger ist die Lage der Lehrerinnen, bei welchen durch Frl. Dr. Graf ein Ueberschuss von circa 100 nachgewiesen worden ist. Diese Zahl ist vermutlich eher zu klein, da die Erhebung durch eine Umfrage gemacht wurde, wobei es leicht vorkommen konnte, dass einzelne der Nachfrage entgingen. Die Zusammenstellung nach den amtlichen Schulblättern gibt folgendes Bild:

Gewählte Lehrerinnen im deutschen Kantonsteil.

Jahr	Patentiert	Gewählt							Total
		Patent vom gleichen Jahr	Patent vom Vorjahr	Älteres Patent	Pensionierte Lehrerin	Ohne Patent	Auswärtiges Patent	Mittel-lehrerin	
1911	91	53	13	16	—	—	—	—	82
1912	63	36	14	24	1	—	1	—	76
1913	82	49	5	18	—	—	2	1	75
1914	110	31	4	15	—	—	—	—	50
1915	86	18	20	5	—	—	—	—	43
Total	432	187	56	78	1	—	3	1	326

Nach dieser Tabelle erscheint die Lage nicht ungünstig, da vor dem Jahr 1914 die Zahl der Patentierten und die der Gewählten sich ungefähr die Wage halten. Immerhin ist auffallend, dass die Zahl der im gleichen Jahr Patentierten und Gewählten verhältnismässig gering ist und jedes Jahr recht viele Anstellung fanden, die ein oder mehr Jahr früher patentiert worden waren. Noch deutlicher tritt dies zu Tage in der folgenden Zusammenstellung.

Lehrerinnen des deutschen Kantonsteiles.

Jahr der Patentierung und Jahr der Wahl.

Patentiert im Jahr	Gewählt im Jahr						Total
	1911	1912	1913	1914	1915	1916 Frühling	
1911	53	14	3	1	1	—	72
1912	—	36	5	2	—	—	43
1913	—	—	49	4	2	1	56
1914	—	—	—	31	20	—	51
1915	—	—	—	—	18	3	21

Lehrerinnen, die nicht an bernische Primarschulen gewählt wurden.

	1911	1912	1913	1914	1915	Total
Lehrerinnen patentiert	91	63	82	110	86	432
An Primarschulen gewählt . . .	72	43	56	51	21	243
Nicht an Primarschulen gewählt .	19	20	26	59	65	189

Von 432 Lehrerinnen, die in den Jahren 1911—1915 patentiert wurden, waren auf Ende des Schuljahres 1915 nicht weniger als 189 ohne feste Anstellung im deutschbernischen Primarschuldienst. Davon wird man allerdings abziehen können solche, die als Anstaltslehrerinnen oder Privatlehrerinnen im In- oder Ausland Anstellung gefunden haben, solche, die der Not gehorchend den Beruf gewechselt haben, und einige, die schon unter die Haube gekommen sind. Wenn wir für alle diese 20 % der Patentierten rechnen, was wohl eher zu viel ist, so bleiben immer noch über 100 Stellenlose, zu denen dieses Frühjahr noch 91 Neupatentiertere traten, so dass auf den Beginn dieses Schuljahres rund 200 Lehrerinnen auf Anstellung warteten. Vom 1. Januar bis 31. Mai waren aber für Lehrerinnen total 24 Stellen ausgeschrieben, und zwar 16 wegen Demission oder Tod, 4 wegen provisorischer Besetzung, 2 für Lehrer oder Lehrerin, 1 auf Beginn des Wintersemesters und 1 auf Beginn des Schuljahres Frühjahr 1917. Von den 200 Stellenlosen werden also nicht mehr als etwa 20 diesen Sommer eine Anstellung

finden. Und im Frühling 1917 werden wieder über 100 junge Lehrerinnen die Seminarien verlassen!

Ein Lehrerinnenüberfluss besteht und Schuld trägt die Ueberproduktion. Der Krieg hat die Lage nur verschärft und offenkundig gemacht. Die Produktion soll sich richten nach dem Bedarf; der Bedarf war im Durchschnitt der letzten 5 Jahre 65 per Jahr, vor dem Krieg etwa 10 mehr. Es sollten also jährlich höchstens 75 Lehrerinnen patentiert werden. Von diesen müssten dann immer noch eine gute Zahl ein oder mehr Jahre auf eine definitive Anstellung warten, da die Zahl derjenigen, die früher einmal demissioniert haben, aber später wieder zur Schule zurückkehren, immer eine recht ansehnliche ist. Die Hauptschuld an der Ueberproduktion trägt das Lehrerinnenseminar der Stadt Bern, das früher jeweilen circa 30 Schülerinnen entliess, dann aber erstmals 1910 und seit 1913 Jahr für Jahr über 50 zum Patentexamen stellte. Mit dem Maximum von 58 hat es dieses Frühjahr seine Produktion gegen früher ungefähr verdoppelt. Veranlasst wurde die Erhöhung der Schülerinnenzahl und die Verdoppelung der Klassen durch das Ansteigen der Anmeldungen zum Eintritt, die sich von 37 im Jahr 1895 auf 112 im Jahr 1915 erhöhten. Nach Frl. Dr. Graf lässt sich dieser starke Zudrang erklären durch die Eignung der Frau zum Lehrberuf und durch die wirtschaftliche Entwicklung, welche die Frau in das Erwerbsleben drängt. Nicht zu vergessen ist aber, dass die Frau nicht leicht in einem andern Beruf eine bessere Bezahlung und eine bessere gesellschaftliche Stellung findet. Welche Gründe aber auch für die Zahl der Anmeldungen sprechen, jedenfalls war es falsch, die Aufnahme nach der Zahl der Anmeldungen zu richten, statt nach der Zahl der Stellen. Man kann dies nicht damit entschuldigen, dass eine grosse Zahl Lehrerinnen nach dem Austritt aus dem Seminar Privatlehrstellen übernehme; denn erstens ist diese Zahl nicht beträchtlich und zweitens kehren fast alle diese Privatlehrerinnen früher oder später zur öffentlichen Schule zurück. Ebenso wenig ist richtig, dass viele Schülerinnen das Seminar nur der bessern Bildung wegen besuchen, ohne je die Absicht zu haben, ihre Kenntnisse praktisch zu betätigen. Dies kommt nur ganz ausnahmsweise vor, und wir müssen mit der Tatsache rechnen, dass jede Seminaristin eine öffentliche Lehrstelle übernehmen will. Diese Umstände wurden ausser acht gelassen, und die Folge ist der Lehrerinnenüberfluss.

Man kann nun behaupten, ein Ueberfluss an Lehrkräften liege im Interesse der Schule und sei deswegen zu begrüssen, da die Auslese eine grössere sei und die Gemeinden somit tüchtigere

Lehrerinnen bekämen. Das wäre richtig, wenn bei der Wahl wirklich die Tüchtigkeit den Ausschlag gäbe, aber andere Faktoren kommen in der Regel in Betracht: Heimatgenössigkeit und Wohnsitz, ein einflussreicher Vater oder Onkel, ein wohlwollender Pfarrer oder Schulinspektor etc. Noch weniger stichhaltig ist der Einwurf, der etwa von feministischer Seite gemacht wird, es mache nicht viel, wenn schon eine Anzahl Lehrerinnen ohne Stelle seien, die Hauptsache sei die, möglichst vielen Frauen eine bessere Bildung zu erteilen, damit der Stand der Frauen als solcher gehoben werde. Wenn aber ein junges Mädchen Zeit, Geld, Arbeit und vielleicht einen Teil seiner Gesundheit aufgewendet hat, um sein Lehrerinnenpatent zu erlangen, dann wird es sich, wenn stellenlos, kaum mit diesem Trost begnügen können. Ueber die schlimmen Folgen, die der Lehrerinnenüberfluss für die Betroffenen hat, braucht wirklich kein Wort verloren zu werden.

Geradezu bedenklich sind die schlimmen Folgen für die wirtschaftliche Stellung der Lehrerschaft. Lohnbewegungen, die niemals notwendiger waren als jetzt, werden erschwert oder verhindert, wenn für jede Stelle sich 10—20 Bewerber melden; die Anstrengungen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse sind vergeblich, wenn sich die Angemeldeten auch mit den armseligsten Zuständen zufrieden geben. Die ganze Arbeit des Bernischen Lehrervereins zum Schutze seiner Mitglieder gegen ungerechtfertigte Nichtwiederwahl wird illusorisch, wenn auch um boykottierte Stellen sich stellenlose Lehrer oder Lehrerinnen bewerben.

Wie kann den stellenlosen Lehrerinnen geholfen werden? In der Presse wurde ihnen der Rat gegeben, sich um Bureaustellen im Handel und in der Verwaltung zu bewerben. Doch herrscht auch hier ein Zudrang, der noch viel grösser ist als im Lehrberuf, so dass nur gut qualifizierte ohne besondere Mühe eine anständige Stelle finden, und die Lehrerinnen sind für diesen Beruf nicht vorgebildet. Ferner wurde in der Fachpresse der Vorschlag gemacht, die verheiratete Lehrerin solle von ihrem Amt zurücktreten. Man kann in dieser Frage in guten Treuen verschiedener Meinung sein. Jedenfalls wird man nicht von heute auf morgen die verheiratete Lehrerin auf die Seite stellen, und wenn man dies auch täte, so wäre für den Augenblick geholfen, aber die grössere Leichtigkeit, eine Stelle zu finden, würde voraussichtlich wieder einer stärkeren Produktion rufen, so dass wir nach kurzer Zeit denselben Misstand wieder hätten. Geholfen kann nur werden, wenn Angebot und Nachfrage dauernd in Uebereinstimmung gebracht werden. Einige beachtenswerte Vorschläge hat Frl. Dr.

Graf an der Versammlung des Lehrerinnenvereins gemacht. Sie wünscht:

1. Zeitweilige Beschränkung der Aufnahmen in die Seminarien durch Herabsetzung der Klassenbestände.
2. Einführung der vierjährigen Seminarzeit.
3. Vermehrte Verwendung weiblicher Lehrkräfte.
4. Studienkommission zur Prüfung der Frage der weiblichen Berufstätigkeit und Berufsbildung.

Punkte 1 und 2 lassen sich ersetzen durch: Reorganisation der Lehrerinnenbildung im deutschen Teil des Kantons Bern. Eine zeitweilige Beschränkung der Aufnahmen nützt wenig; der Staat muss die Ausbildung der Lehrerinnen in die Hand nehmen, der kein Interesse daran hat, mehr Lehrkräfte auszubilden, als er bedarf. Das verlangt eine Neuordnung der Lehrerinnenbildung. Diese Reorganisation wird auch den vierjährigen Kurs bringen müssen, der Bedürfnis ist, der aber nicht deswegen eingeführt werden soll, um den Zudrang zum Seminar zu verringern.

Punkt 3 wird schwer zu verwirklichen sein. Das Schulgesetz weist den Lehrerinnen die Elementarstufe zu. Wegen dem Mangel an männlichen Lehrkräften musste aber manche Mittelklasse, Oberklasse und gemischte Schule durch Lehrerinnen besetzt werden, so dass im Jahr 1915 47,2 % Lehrerinnen 52,8 % Lehrern gegenüberstanden, während das Verhältnis im Jahr 1896 noch 41,9 % zu 58,1 % war. Eine weitere Steigerung wird schwer möglich sein, um so weniger, weil heute auch ein bestimmter Ueberfluss an männlichen Lehrkräften da ist. Nun wird noch Geschlechtertrennung im 9. Schuljahr vorgeschlagen, um den Mädchen eine bessere hauswirtschaftliche Bildung zu geben. Man kann sich fragen, ob dieser Unterricht nicht eher der ja auch angestrebten weiblichen Fortbildungsschule zugewiesen werden sollte; aber auch im andern Fall wäre den Lehrerinnen damit nicht besonders geholfen, da doch nur in wenigen grössern Ortschaften eine solche Trennung des 9. Schuljahres möglich wäre und weil sich um diese Stellen doch jedenfalls die besser vorbereiteten Haushaltungslehrerinnen bewerben würden.

Die Hauptsache ist Punkt 4. Die meisten Mädchen sind heute genötigt, einen Beruf zu erlernen, und es eignen sich unbedingt viele Berufe für die weibliche Arbeitskraft. Doch fehlt heute besonders die Ausbildungsmöglichkeit. Die Einsetzung einer Studienkommission durch den Staat ist angezeigt. Ihre Arbeit wird nicht leicht sein, da besonders das Konkurrenzverhältnis zwischen Mann und Frau die Lösung erschwert.

Die Frage der Ueberproduktion von Sekundarlehrern und -lehrerinnen ist schon besprochen

worden im Zusammenhang mit der Reorganisation der Lehrantsschule und mit der Neuordnung des Prüfungsreglementes für Sekundarlehrer. Nach den amtlichen Berichten und nach Angaben des Sekundarschulinspektorates des deutschen Kantonsteiles ist das Verhältnis zwischen Patentierten und Gewählten wie folgt:

Sekundarschulen.

Jahr	Patentiert		Gewählt		Ueberschuss der Patentierten		Fachpatente	
	Lehrer	Lehrerinnen	Lehrer	Lehrerinnen	Lehrer	Lehrerinnen	Lehrer	Lehrerinnen
1908	30	8	23	3	7	5	1	12
1909	35	12	26	5	9	7	4	8
1910	41	5	33	4	8	1	6	13
1911	38	6	18	5	20	1	2	22
1912	48	9	33	3	15	6	6	18
1913	44	12	20	9	24	3	5	27
1914	49	10	14	2	35	8	3	15
1915	24	10	10	2	14	8	2	12
Total	309	72	177	33	132	39	29	127
	100 %	100 %	57,3 %	45,8 %	42,7 %	54,2 %		

Ursache der grossen Ueberproduktion ist, dass an unserer Hochschule viele Lehrer aus deutschen Kantonen, die keine eigene Hochschule besitzen, studieren und das bernische Sekundarlehrerexamen machen. Zum Teil gehen sie nach absolviertem Examen in ihre Heimat zurück, zum Teil aber bleiben sie hier und machen den bernischen Lehrern Konkurrenz. Diese Konkurrenz ist um so drückender, als der Absolvent des bernischen Staatsseminars erst nach vierjährigem Schuldienst an der Primarschule zum Studium übergehen kann, also schlechter gestellt ist als der frühere Privatseminarist, als der ausserkantonale Lehrer und vor allem schlechter als der Abiturient des Gymnasiums, der 4½ oder sogar 5 Jahre früher zum Sekundarlehrerexamen kommen kann. Es wird sich bei der Lösung dieser Frage nicht darum handeln, den Eintritt in die Lehrantsschule zu erschweren, sondern vielmehr darum, die Wahlfähigkeit an bernische Sekundarschulen an bestimmte Bedingungen zu knüpfen, wie Besitz des bernischen Primarlehrerpatentes und Ausweis über praktischen Schuldienst von vielleicht 2 Jahren. Für die Gymnasianer, die an die Lehrantsschule übertreten wollen, wird sich ein Weg finden, um in den pädagogisch-methodischen Fächern eine Ergänzungsprüfung zu bestehen, und ebenso wird man es ihnen ermöglichen können, die vorgesehene Schulpraxis zu erlangen. Von den Fachpatenten sollten nur die für Zeichnen, Musik und Turnen zu einer Wahl berechtigen; für die andern Fächer ist kein Bedürfnis nach Fachpatenten vorhanden.

Auf diese Ausführungen gestützt stellen wir folgende Thesen auf:

1. Der Ueberfluss an Lehrkräften aller Schulstufen und beider Geschlechter ist eine unbestreitbare Tatsache und verlangt die volle Aufmerksamkeit des B. L. V. und der Behörden.

2. Vor dem Krieg bestand eher ein Mangel an männlichen Lehrkräften der Primarschulstufe. Der gegenwärtige Ueberfluss kann als ein augenblicklicher betrachtet werden, der sich in normalen Zeiten wieder ausgleichen wird. Bis dahin sollte die Erteilung von Wahlfähigkeitsausweisen an ausserkantonale Lehrer eingestellt werden.

3. a. Der Ueberfluss an Primarlehrerinnen machte sich schon vor dem Kriege bemerkbar und wurde in den letzten zwei Jahren zur Kalamität. Schuld daran ist, dass die beiden Lehrerinnenseminarien in der Stadt Bern zu wenig Rücksicht nehmen auf den Bedarf. Eine wirkliche Besserung wird nur möglich werden, wenn der Staat seinen Einfluss auf die Lehrerinnenbildung stärker zur Geltung bringt. Dies verlangt eine Reorganisation der Lehrerinnenbildung.

b. Da die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart die Frau zur Ausübung eines Berufes nötigen, die Möglichkeit zur Erlernung eines solchen aber zu selten ist, so soll der Regierungsrat eine Studienkommission einsetzen zur Prüfung der Frage der weiblichen Berufstätigkeit und Berufsbildung.

4. Um dem Ueberfluss an bernischen Sekundarlehrern und -lehrerinnen zu steuern und um die aus den bernischen Staatsseminarien hervorgegangenen Lehrkräfte nicht schlechter zu stellen als die Absolventen anderer Seminare und als die Maturanden der Gymnasien, sind von den Bewerbern um ein bernisches Sekundarlehrerpatent das bernische Primarlehrerpatent und zwei Jahre praktischer Schuldienst zu verlangen.

Société des Instituteurs bernois.

Pléthore d'instituteurs dans le Jura bernois.

Rapport de M. Hoffmeyer, Bassecourt.

Il y a une dizaine d'années, alors que l'industrie horlogère était en pleine prospérité, les jeunes gens sortant de l'école primaire trouvaient très facilement un métier rémunérateur et se souciaient fort peu d'études pédagogiques. C'est alors que l'on pouvait constater une pénurie d'instituteurs dans le Jura bernois. A part quelques rares exceptions, tous les élèves sortant de l'école normale trouvaient immédiatement une

place. A cette époque, il était même difficile à un maître malade de trouver un remplaçant. Les institutrices, par contre, ont toujours été très nombreuses. Aujourd'hui, la situation est bien changée.

a. Instituteurs.

Le Jura bernois compte actuellement environ 270 classes desservies par des instituteurs de langue française. De toutes ces classes, deux seulement sont desservies provisoirement. Or, pour fournir les maîtres à ces 270 classes, il sort chaque année de l'école de Porrentruy une moyenne de 15 jeunes instituteurs. Depuis 1906 jusqu'au printemps 1916, soit pendant une période de 11 années, 168 jeunes gens ont été diplômés dans cette école. Donc, en 20 années, le contingent des instituteurs nouvellement diplômés pourrait desservir toutes les classes du Jura bernois. En admettant que, pendant ce laps de temps, le quart des membres du corps enseignant doit être remplacé pour cause de décès, retraite, etc., la période normale d'enseignement serait ramenée à 25 années. Or, d'après les renseignements fournis par MM. les inspecteurs, il résulte que plus de 50 instituteurs ont plus de 30 ans de service, soit environ le sixième. Par conséquent, il est indubitable que plusieurs instituteurs doivent aujourd'hui se trouver sans place stable. Leur nombre ne cessera de s'accroître dans l'avenir si on ne porte remède à cet état de chose. A ma connaissance, il y a actuellement plus de 30 instituteurs qui sont sans place ou qui ne font que des remplacements temporaires. Ce nombre ne diminuera que de 4 ou 5 unités jusqu'au printemps prochain, au moment où 15 élèves de l'école normale de Porrentruy seront vraisemblablement diplômés, ce qui portera le nombre des instituteurs sans place à 40, soit plus de 1 sur 7. Il y a actuellement dans cet établissement 15 élèves en 1^{re} classe, 10 en 2^e, 14 en 3^e et 12 en 4^e.

Le nombre des élèves étant actuellement moindre qu'il n'était dans la dernière période décennale, le nombre de 40 instituteurs sans place sera donc un maximum. Il y a lieu en outre de considérer que parmi ces derniers il y en a une dizaine qui suivent des cours universitaires, afin d'obtenir le brevet de maître secondaire. Considérant aussi qu'il est nécessaire qu'un certain nombre d'instituteurs soient disponibles pour des remplacements en cas de maladie, service militaire, congé, etc., il ne faut pas juger la situation trop mauvaise dans le Jura bernois pour ce qui concerne les instituteurs. Il y a 5 ans, la situation était tout à fait normale. Si, aujourd'hui, il y a vraiment pléthore, le mal est facile à enrayer. L'école normale de Porrentruy étant le seul établissement qui alimente en insti-

tuteurs le corps enseignant de la partie française du Jura bernois, c'est dans cet établissement qu'il y aurait lieu de prendre les mesures propres à régulariser la situation. La Commission de l'école normale, mise au courant chaque année par MM. les inspecteurs du nombre des instituteurs sans place, ne recevrait dans ledit établissement qu'un nombre d'élèves proportionné aux besoins. Il est fort probable aussi qu'une fois la guerre européenne terminée, l'équilibre se rétablira de lui-même, car nombreux seront les jeunes gens qui trouveront dans les pays voisins l'occasion de se créer des situations plus enviables que celles que le nôtre leur refuse.

De cet exposé très sommaire découlent les conclusions suivantes:

1° En l'an 1906, il y a eu pénurie d'instituteurs dans le Jura, en 1916 il y a pléthore.

2° 30 instituteurs environ se trouvent actuellement sans place définitive, y compris ceux qui poursuivent leurs études.

3° La commission de l'école normale et la Direction de l'Instruction publique sont priées de remédier à la situation.

b. Institutrices.

Il y a environ 240 classes desservies par des institutrices de langue française. La majorité des institutrices est formée à l'école normale de Delémont, avec une série sortante chaque année. Jusqu'à ce jour, les sections pédagogiques de St-Imier et de Porrentruy formaient aussi un certain nombre de maîtresses primaires. Ces sections sont actuellement supprimées. Cependant, à ma connaissance, l'école secondaire de Porrentruy a reçu encore cette année des élèves dans sa section pédagogique.

Actuellement, d'après les renseignements que j'ai pu recueillir, grâce à l'amabilité de MM. les inspecteurs, il y a dans le Jura bernois environ 50 institutrices qui n'ont pas de place stable. Avant la guerre, bon nombre d'institutrices qui ne trouvaient pas à se placer chez nous partaient pour l'étranger et réussissaient, soit en Autriche, en Allemagne ou en Angleterre, à se créer des revenus supérieurs à ceux qu'allouent les communes bernoises à un grand nombre de leurs institutrices. Les grandes difficultés créées par la guerre pour se rendre à l'étranger ne permettent plus à nos jeunes institutrices de s'ex-

patrier; de là le chiffre énorme de 50 institutrices sans place.

Dans les conditions actuelles, ce nombre ne diminuera pas; au contraire, chaque année un nouveau contingent d'institutrices nouvellement diplômées viendra grossir les rangs de leurs sœurs sans place.

Trouver la cause de cette surabondance, c'est en découvrir le remède. La suppression des sections pédagogiques des écoles secondaires de St-Imier et de Porrentruy diminuera déjà de quelques unités le nombre des candidats à l'enseignement. Je ne sais pas exactement le nombre des élèves actuellement à l'école normale de Delémont, mais il est certain qu'il n'est pas inférieur à 40, ce qui donnerait une moyenne d'environ 13 élèves par série. Ce nombre, vu les circonstances, est beaucoup trop élevé, et si nous aimerions à voir moins de collègues sans place, un moyen radical s'impose. L'école, avec le luxe de sa nouvelle construction, n'a pas pour unique but d'offrir à un prix relativement bas les moyens d'acquérir une instruction générale développée, permettant aux porteuses d'un brevet d'abandonner la carrière pédagogique avec d'autant plus de facilité que cette profession ne leur a jamais souri. Le vrai et seul but de l'école normale est de former des institutrices capables et zélées, selon les besoins du Jura. Si, comme je l'ai dit pour les instituteurs, on avait, ici aussi, toujours proportionné les entrées dans cet établissement aux besoins réels, nous n'aurions pas à déplorer aujourd'hui ce grand nombre d'institutrices dépourvues de classe.

Dans le corps enseignant féminin aussi, je suis persuadé qu'après la guerre, l'équilibre se rétablira peu à peu, sans que des mesures spéciales autres que celles mentionnées plus haut soient prises. Pour terminer, je conclus:

1° Bien qu'il y ait depuis longtemps déjà trop d'institutrices dans le Jura, la situation n'est cependant pas alarmante.

2° Environ 40 institutrices se trouvent actuellement sans place définitive.

3° Suppression des classes d'école normale aux écoles secondaires pour filles de Porrentruy et de St-Imier.

4° L'enseignement durera quatre ans à l'école normale des filles de Delémont.

5° Quant à la question des institutrices, voir thèse 3 pour instituteurs.

Konferenz der Sektionspräsidenten des B. L. V.

Samstag den 20. Mai 1916.

Vertreten sind 31 Sektionen; eine ist entschuldigt. Vom K. V. nehmen 9 Mitglieder an den Verhandlungen teil.

Conférence des présidents de section du B. L. V.

samedi, 20 mai 1916.

31 sections y sont représentées; une s'est fait excuser. 9 membres du C. C. prennent part aux délibérations.

Verhandlungen:

1. Der Präsident des K. V., Herr *Zimmermann*, eröffnet die Konferenz, der er die Aufgabe zuweist, für den nötigen Kontakt zwischen den Sektionen und der Zentralleitung des Vereins zu sorgen.

2. *Revision des Unterrichtsplanes*. Referent: Herr Schulinspektor *Bürki*, Mitglied der Subkommission des Vorstandes der Schulsynode. Die Revision wird folgenden Gang nehmen: Die Subkommission arbeitet im Laufe dieses Sommers den allgemeinen Teil des Unterrichtsplanes aus. Dieser soll enthalten:

- a. Die Ziele der Unterrichtsfächer,
- b. die Grundsätze über Stoffauswahl, Stoffanordnung und Stoffverteilung.

Diese Fragen sollen im Laufe des Winters von den Sektionen des B. L. V. diskutiert werden. Die Sektionsvorstände sind deshalb mit der Aufgabe betraut, schon im Sommersemester die Referenten für die einzelnen Fachgruppen zu suchen. Die Sektionen senden ihre Thesen an den K. V., der sie an die Subkommission des Vorstandes der Schulsynode weiterleiten wird. Die *jurassische Lehrerschaft* hat ihre Wünsche schon im Jahr 1912 formuliert und der Unterrichtsdirektion eingereicht. Seither hat die Angelegenheit geruht; sie wird aber jetzt wieder in Fluss kommen. Herr Schulinspektor *Gobat* in Delsberg beschäftigt sich speziell mit der Frage.

3. *Revision der Lehrmittel*. Referent: Herr Schulinspektor *Bürki*. Das Amtliche Schulblatt schreibt zur Revision aus: Die Fibel, die Rechnungsbücher, die Gesangslehrmittel. Die Lehrerschaft sollte ihre Wünsche äussern und der Unterrichtsdirektion einreichen. Besonders in den Vordergrund werden treten: Die Rechnungsmethode (dezimale Schreibweise) und die Gesangsmethode (Transponieren; absolute Tonbezeichnung). In der Diskussion wird betont, dass die Revision der Lehrmittel mit der des Unterrichtsplanes Hand in Hand gehe. Es wird deshalb beschlossen, die Diskussion über die Revision der Lehrmittel nicht diesen Sommer vorzunehmen, sondern auf das Wintersemester zu verschieben, wo sie dann mit der Behandlung des Unterrichtsplanes verbunden werden kann.

4. *Naturalienwesen*. Zentralsekretär *Graf* referiert und stellt den Antrag: Die Sektionen sollen im Laufe dieses Sommers die Naturalienfrage nochmals besprechen und auf Grund des Reglements vom 7. Juli 1914 nachsehen, wo es in ihrem Bezirke fehlt. Ein Mitglied des K. V. oder der Zentralsekretär soll bei diesen Sitzungen anwesend sein. Das aus den Verhandlungen gewonnene Material ist bis zum 15. Oktober 1916 dem Sekretariat einzusenden. Gestützt darauf

Délibérations:

1. M. *Zimmermann*, président du C. C., ouvre la conférence qui a pour tâche de veiller au contact qui doit exister entre les sections et l'organe central de la Société.

2. *Revision du plan d'études*. Rapporteur: M. *Bürki*, inspecteur scolaire, membre de la sous-commission du comité du Synode scolaire. La revision s'effectuera comme suit: La sous-commission élaborera, dans le courant de cet été, la partie générale du plan d'études qui devra contenir:

- a. Les buts des branches de l'enseignement,
- b. les principes fondamentaux relatifs au choix, à l'ordre et à la distribution des matières.

Ces questions seront discutées, dans le courant de l'hiver, par les sections du B. L. V. Les comités de section sont donc chargés de désigner, pendant le semestre d'été déjà, les rapporteurs pour les différents groupes de branches. Les sections enverront leurs conclusions au C. C. qui les transmettra à la sous-commission du comité du Synode scolaire. Le *corps enseignant jurassien* a déjà formulé ses vœux en 1912 et les a adressés à la Direction de l'Instruction publique. Depuis lors, la question est restée stationnaire, mais sera reprise maintenant. M. *Gobat*, inspecteur scolaire, à Delémont, s'en occupe spécialement.

3. *Revision des moyens d'enseignement*. Rapporteur: M. *Bürki*, inspecteur scolaire. La Feuille officielle scolaire met au concours la revision de l'abécédaire, des livres de calcul, des moyens d'enseignement du chant. Le corps enseignant devrait exprimer ses desiderata et les transmettre à la Direction de l'Instruction publique. C'est surtout la méthode de calcul décimal et la méthode de chant (transposition, désignation de la tonalité absolue) qui entreront au premier plan. Dans la discussion, on relève que la revision des moyens d'enseignement va de pair avec celle du plan d'études. C'est pourquoi il est décidé que la revision des moyens d'enseignement ne sera pas entreprise cet été, mais renvoyée au semestre d'hiver, où elle pourra être discutée en même temps que le plan d'études.

4. *Prestations en nature*. M. *Graf*, secrétaire central, rapporte et fait la proposition suivante: Les sections doivent encore discuter une fois cette question et, en se basant sur le règlement du 7 juillet 1914, voir où elle fait défaut dans leur cercle. Un membre du C. C. ou le secrétaire central assistera à ces séances.

Le matériel résultant des délibérations sera adressé jusqu'au 15 octobre 1916 au secrétariat central. En le prenant pour base, le C. C. préparera une requête pour la Direction de l'Instruction publique, afin que l'inspection prévue des loge-

wird der K. V. eine Eingabe an die Unterrichtsdirektion abfassen, damit die im Reglement vorgesehene Inspektion der Lehrerwohnungen (Abschnitt II a, Ziffer 5) vorgenommen wird. Dieser Antrag wird ergänzt durch *Aebersold*, Langenthal, der wünscht, dass die Sektionsvorstände die eingebrachten Klagen prüfen, gegebenenfalls durch Vornahme eines Augenscheins. In dieser Fassung wird der Antrag angenommen und geht an die Sektionen.

5. *Teurungszulagen*. Der Referent, Zentralsekretär *Graf*, betont die Notwendigkeit der Ausrichtung dieser Zulagen. Die fortwährende Steigerung der Lebensmittelpreise führt zur Verelendung oder zur Verschuldung der Leute mit mässigem, festem Einkommen. Der K. V. wird mit den Vorständen des Verbandes der Beamten und Angestellten des Staates Bern und des Vereins bernischer Bezirksbeamten in Verbindung treten, um auf möglichst breiter Basis vorgehen zu können. Sollten diese Verbände ein gemeinsames Vorgehen ablehnen, so wird der K. V. selbständig vorgehen. Den Sektionen fällt folgende Aufgabe zu: Es lässt sich die Frage aufwerfen, ob nicht die Gemeinden um Ausrichtung von Teurungszulagen angegangen werden könnten. Es würde sich dann im einzelnen Falle nicht um so hohe Summen handeln, so dass leichter Aussicht auf Erfolg vorhanden ist. Leider sind die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kantons so verschieden, dass ganze Landesgegenden (Oberland) nicht einmal begrüsst werden dürften. Immerhin sollen die Sektionen die Sachlage innerhalb ihres Bezirks prüfen und dem K. V. ebenfalls bis zum 15. Oktober 1916 Bericht und Antrag stellen. Der Antrag wird angenommen und geht an die Sektionen.

6. *Varia*. Dr. *Oppliger* macht auf die Dringlichkeit der Frage der Lehrerinnenbildung aufmerksam. Es wird beschlossen, dass die Sektionen, die genügend Zeit haben, diese Frage auf ihr Programm nehmen dürfen. Es ist dies namentlich bei städtischen Sektionen der Fall, bei denen die Naturalienfrage ausser Betracht fällt.

Nach der Erledigung zweier Geschäfte interner Natur schliesst Präsident *Zimmermann* um 5½ Uhr die sehr anregend verlaufene Tagung.

Hilfskasse für Haftpflichtfälle.

Diese Institution tritt auf 1. Juli 1916 in Kraft. Der Jahresbeitrag von 50 Rp. wird zur Stunde eingezogen. Trotzdem suchen Versicherungsagenten heute noch Verträge gegen Haftpflicht abzuschliessen, indem sie vorgeben, die Hilfs-

ments d'instituteurs (chiffre 5, paragraphe II a) soit effectuée. Cette proposition est complétée par celle de M. *Aebersold* (Langenthal), qui désire que les comités de section vérifient les plaintes formulées, et cela éventuellement par un témoin oculaire. Sous cette teneur, la proposition est acceptée et transmise aux sections.

5. *Augmentations de traitement motivées par le renchérissement de la vie*. Le rapporteur, M. *Graf*, secrétaire central, relève la nécessité du service de ces augmentations. La majoration continue des prix des denrées alimentaires conduit les gens à petit traitement fixe à la misère ou à l'endettement. Le C. C. se mettra en relation avec les comités de l'Association des fonctionnaires et des employés de l'Etat de Berne et avec la Société bernoise des fonctionnaires de districts, afin de pouvoir procéder sur la plus large base possible. Au cas où ces associations refuseraient la procédure en commun, le C. C. s'engagerait seul. Les sections ont pour tâche d'étudier la question à savoir si on ne pourrait pas s'adresser aux communes pour obtenir des augmentations en raison du renchérissement de la vie. Au cas particulier, il ne s'agirait pas de si grandes sommes, de sorte qu'il y aurait plus de chance de succès. Malheureusement, la situation économique du canton diffère considérablement suivant les régions; aussi devons-nous faire abstraction de certaines contrées (Oberland). Toutefois, il est bon que les sections éprouvent la situation au sein de leur cercle et qu'elles présentent également un rapport et des propositions au C. C. jusqu'au 15 octobre 1916.

6. *Divers*. M. le Dr *Oppliger* attire l'attention sur l'urgence de la question de la formation des institutrices. Il est décidé que les sections qui en ont le temps, devront inscrire cette question dans leur programme. C'est le cas pour les sections citadines, qui, elles, n'ont pas à s'occuper des prestations en nature.

Après la liquidation de deux autres tractanda d'ordre intérieur, M. *Zimmermann* clôt à 5 heures et demie la séance qui a été très animée.

Caisse de secours en cas de responsabilité civile.

Cette institution entre en vigueur le 1^{er} juillet 1916. La cotisation annuelle de 50 ct. est perçue en ce moment. Malgré cela, il existe encore aujourd'hui des agents d'assurance qui cherchent à conclure des contrats contre la responsabilité

kasse schütze nicht genügend. Wir bitten Kolleginnen und Kollegen, zunächst etwas Vertrauen zu haben zu einer Institution, die die schweizerische Lehrerschaft selbst geschaffen hat. Dieses Werk wird gewiss keinen im Stiche lassen.

Wir machen ferner darauf aufmerksam, dass die *Haftpflichtversicherung* nicht mit der *Unfallversicherung* zu verwechseln ist. Bezüglich der letztern hat der B. L. V. mit den Gesellschaften *Winterthur* und *Zürich* einen Vertrag abgeschlossen, der der Lehrerschaft namhafte Vorteile sichert (vide Korrespondenzblatt Nr. 1, laufender Jahrgang). *Die Unfallversicherung ist aber fakultativ und in keiner Weise obligatorisch.*

Das Sekretariat des B. L. V.

Wahl von Lehrern in Schulkommissionen.

Ueber diesen Gegenstand sind in letzter Zeit ziemlich heftige Diskussionen entstanden und auch der K. V. ist ersucht worden, seine Meinung darüber abzugeben. Bevor der Vereinsvorstand endgültig Stellung bezieht, will er sich über die Verhältnisse im Lande herum näher informieren. Er hat deshalb einen entsprechenden Fragebogen an alle Sektionsvorstände verschickt. Sobald die Antworten eingetroffen sind, wird der K. V. die Angelegenheit weiter beraten. An die Sektionsvorstände geht deshalb der dringende Appell, die Fragebogen bis zum 30. Juni 1916 *unbedingt* wieder an das Sekretariat zurückzusenden.

Teuerungszulagen.

Rings ist die Aktion zu Gunsten der Teuerungszulagen im Fluss. Beamte und Angestellte wehren sich mannhaft für ihre Interessen. Solothurn hat die Ausrichtung von Teuerungszulagen schon beschlossen. Beamte, die bis zu Fr. 2000 beziehen, erhalten eine Zulage von 20 %; diejenigen, deren Besoldung Fr. 2000—4000 beträgt, bekommen 10 %. Die Bezirkslehrer erhalten als Staatsbeamte eine Zulage von Fr. 200. Die Primarlehrer sind ausgeschlossen, da sie von der Gemeinde gewählt werden.

Aussichtsreiche Bewegungen sind im Gange in Basel und Zürich. In der Bundesversammlung ist die Notwendigkeit der Ausrichtung von Teuerungszulagen selbst vom Bundesratstische aus anerkannt worden, obschon die Finanzlage des Bundes und der Bundesbahnen eine sehr kritische ist.

civile, en prétendant que la Caisse de secours ne protège pas suffisamment ses membres. Nous vous prions, Mesdames et Messieurs, chers collègues, d'avoir un peu plus de confiance en une institution que le corps enseignant suisse a créée lui-même. Cette œuvre ne laissera certes jamais personne dans l'embarras.

En outre, nous faisons remarquer que l'*assurance contre la responsabilité civile* n'est pas à confondre avec l'*assurance contre les accidents*. Quant à cette dernière, le B. L. V. a conclu avec les sociétés *Winterthur* et *Zurich* un contrat qui assure d'importants avantages au corps enseignant (voir n° 1 du Bulletin de l'année courante). *L'assurance contre les accidents est facultative et n'est obligatoire en aucune manière.*

Le Secrétariat du B. L. V.

Nomination d'instituteurs au sein des commissions d'école.

D'assez violentes discussions ont surgi ces derniers temps au sujet de cette question, et le C. C. a aussi été invité à en donner son avis. Avant de prendre position définitivement, le C. C. tient à s'informer davantage de la situation du pays. C'est pourquoi il a adressé, à ce sujet, un formulaire à tous les comités de section. Aussitôt que les réponses seront rentrées, le C. C. continuera à statuer sur la question. Nous prions donc instamment les comités de section de retourner les formulaires au secrétariat jusqu'au 30 juin 1916, sans faute.

Augmentation des traitements motivée par le renchérissement de la vie.

L'augmentation en question trouve des partisans avérés partout. Fonctionnaires et employés défendent courageusement leurs intérêts. Soleure a déjà décidé de verser des augmentations. Les employés qui retirent jusqu'à fr. 2000 reçoivent une augmentation de 20 %; ceux dont le traitement oscille entre fr. 2000 et 4000 obtiennent le 10 %. Les maîtres secondaires reçoivent en leur qualité de fonctionnaires de l'Etat une augmentation de fr. 200. Les maîtres primaires sont exclus, étant nommés par la commune.

Des campagnes riches en promesses sont entreprises à Bâle et à Zurich. L'urgence d'effectuer ces augmentations a même été reconnue par le Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale, bien que l'état des finances de la Confédération et des chemins de fer fédéraux soit bien précaire.

Im Kanton Bern sind die Verbände der Staatsbeamten, der Bezirksbeamten und der Lehrer in Verbindung getreten. Die beiden ersten Verbände nehmen die Arbeiten zur Revision des Besoldungsreglements von 1906, die durch den Krieg unterbrochen wurden, wieder auf. Eine Aktion zur Besoldungsreform der Lehrerschaft ist verfrüht, weil diese eine Volksabstimmung zu passieren hätte. Der B. L. V. muss deshalb auf die Ausrichtung von Teuerungszulagen hinarbeiten, deren Gewährung in der Kompetenz des Grossen Rates steht. Trotzdem eine gemeinsame Aktion aller Kategorien nicht opportun ist, so bleiben die Verbände doch in steter Fühlung miteinander. Die Eingaben sollen auf den gleichen Termin (Mitte Juli) abgeschickt werden; auch wird man über gleiche Richtlinien in der Propaganda sprechen.

Die Geschäftskommission des B. L. V. hat den Sekretär beauftragt, eine Eingabe zu redigieren und sie für die nächste Sitzung des K. V. (1. Juli 1916) bereit zu halten.

Naturalienwesen.

Seit der Präsidentenkonferenz vom 20. Mai 1916 sind zwei neue Momente aufgetaucht.

1. Der Abschnitt II. B. 5 des Reglements spricht nur von einer gründlichen Prüfung der Lehrerwohnungen alle zwei Jahre. Die Prüfungsinstanz ist nicht angegeben. Nun belehrt man uns, dass nicht eine staatliche Kommission, sondern die Gemeindeorgane diese Prüfung vorzunehmen hätten. Damit verliert der Abschnitt für uns viel von seiner Bedeutung.

2. Es hat sich gezeigt, dass die Erhebungen über die noch bestehenden Schäden durch die Sektionsvorstände Schwierigkeiten bieten und auch kein richtiges Bild zeitigen würden. Die Geschäftskommission wird deshalb dem K. V. beantragen, diese Erhebungen zu zentralisieren. Man denkt sich die Sache so:

a. Im Laufe des nächsten Winters soll ein kurzes Frageschema an alle Lehrer und Lehrerinnen verschickt werden.

b. Gestützt auf die Antworten fertigt das Sekretariat ein Verzeichnis sämtlicher Gemeinden an, die noch im Rückstande sind. Dieses Verzeichnis wird der Unterrichtsdirektion überwiesen mit der Bitte, Abhilfe zu schaffen.

Dieses Vorgehen macht die Diskussion in den Sektionen nicht gegenstandslos; im Gegenteil, diese Diskussion kann der Zentralleitung wertvolle Winke für die zu ergreifenden Massnahmen bieten.

Dans le canton de Berne, l'Association des fonctionnaires de l'Etat, celle des fonctionnaires de district et la Société des instituteurs ont fusionné. Les deux associations susnommées reprennent les travaux de revision du règlement des traitements que la guerre a interrompu. Une action en faveur de la réforme du traitement du corps enseignant est prématurée, parce qu'elle nécessiterait une votation populaire. C'est pourquoi le B. L. V. doit se mettre à la besogne pour obtenir de la compétence du Grand Conseil la ratification de ladite augmentation des traitements. Quoiqu'une action de toutes les catégories ne soit pas opportune, les associations n'en restent pas moins en contact permanent. Les pétitions doivent être expédiées au même terme (mi-juillet). Il faudra, pour la propagande, observer la même ligne de conduite.

La commission d'administration du B. L. V. a chargé le secrétaire de rédiger une pétition et de la tenir à la disposition de la prochaine séance du C. C. (1^{er} juillet 1916).

Prestations en nature.

Depuis la conférence des présidents du 20 mai 1916, deux nouveaux facteurs ont surgi.

1. Le paragraphe II. B. 5 du règlement ne parle que d'une expertise à fond des logements d'instituteurs, tous les deux ans. On n'indique pas de jury d'expertise. Or, nous venons d'apprendre que cette expertise n'incombe pas à une commission d'Etat, mais aux organes communaux. Aussi le paragraphe perd-il pour nous beaucoup de son importance.

2. Il est démontré que les perceptions, par les comités de section, des dommages subsistant encore présenteraient des difficultés et ne donneraient pas une image exacte. C'est pourquoi la commission d'administration chargera le C. C. de centraliser ces perceptions. On procédera probablement comme suit:

a. Dans le courant de l'hiver prochain, on enverra un questionnaire succinct à tout le corps enseignant.

b. En se basant sur les réponses, le secrétariat établira la liste de toutes les communes qui sont en retard. Cette liste sera transmise à la Direction de l'Instruction publique en l'invitant d'y remédier.

Cette manière de procéder n'exclut pas la discussion dans les sections; au contraire, des délibérations à ce sujet pourront fournir de précieuses indications au C. C. pour les mesures qu'il devra prendre.